II- 10342 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5030 /J
1993 -06- 30

Anfrage

der Abgeordneten Scheibner und Kollegen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreff Auftragsvergabe des Bundesheeres in das Ausland

Die Schwierigkeiten der heimischen Textilhersteller sind bekannt. Allein durch die Diskriminierung im passiven Veredelungsverkehr entstehen der heimischen Textilindustrie Schäden in Millionenhöhe.
Es darf angenommen werden, daß die derzeitige Krisensituation in der heimischen Textilindustrie durch die gezielte Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand an heimische Unternehmen, zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der betroffenen Betriebe führen kann. Wie verschiedenen Medienberichten zu entnehmen war, ist auch der Bundeskanzler dieser Meinung.
Deshalb verwundert das Verhalten des Bundesministers für Landesverteidigung, der trotz Kenntnis der dramatischen Situation in der sich die heimische, um ihr Überleben kämpfende, Textilindustrie befindet, dennoch einen Beschaffungsauftrag in Höhe von 40 Mill. S an eine ausländische Firma erteilt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

Anfrage:

1. Haben Sie mit dem Bundesminister für Landesverteidigung Gespräche geführt, um zu verhindern, daß durch Auftragsvergaben an ausländische Unternehmen, heimische Unternehmungen endgültig in Ihrer Existenz gefährdet werden?

   Wenn ja, warum beschafft das Bundesheer dennoch Güter im Ausland, die auch von heimischen Unternehmen zu vergleichbaren Kosten angeboten werden?
   Wenn nein, warum nicht?

2. Halten Sie es für sinnvoll ausländische Unternehmen mit Bundesheeraufträgen zu bedenken und dadurch einheimische Arbeitsplätze zu vernichten?

3. Welcher volkswirtschaftliche Schaden wurde (wird) durch diese Auftragsvergabe verursacht?

4. Wie hoch beziffern Sie die Folgekosten (Aufwendungen für die Unterstützung von Arbeitslosen, Notstandshilfe, drohender Verlust einer ganzen Industrie etc.) dieser unglücklichen Auftragsvergabe?

fpc109/93-06-29/DVR:0717193

5. Werden Sie etwas unternehmen, um –zumindest in Hinkunft– derartig unverständliche Entscheidung Ihrer Ministerkollegen zu verhindern?

   Wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen?
   Wenn nein, warum wollen Sie die heimische Wirtschaft noch zusätzlich gefährden?

6. Sind Sie der Ansicht, daß durch ein Beibehalten der sog. "Inländerpräferenz" in der ÖNORM A–2050 Aufträge, die nicht dem Bundesvergabegesetz unterliegen, an österreichische Unternehmen vergeben werden können, und dadurch der heimischen Wirtschaft jene Nachteile, die sie durch einen schlecht verhandelten EWR–Vertrag erleidet, ausgeglichen werden können?

   Wenn ja, werden Sie die diesbezügliche Änderung der ÖNORM A–2050 in der Fassung vom 1. Jänner 1993 für Ihr Ministerium übernehmen?

fpc109/93–06–29/DVR:0717193